



Stadt Verden
Bürgermeister Brockmann
Große Str. 40
27283 Verden

Werner Meincke
Fraktion im Rat der Stadt Verden

Verden, 12. Juli 2016

Anfragen zur neuen Sekundarschule in Verden

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
im Auftrage der Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen stelle ich die folgenden Anfragen und bitte um Beantwortung:

1. Am 19.01.2016 (Zwischenbericht) und am 26.04.2016 (Abschlussbericht) hat die Expertengruppe der Steuerungsgruppe berichtet, am 12.05.2016 hat die Steuerungsgruppe getagt. Von diesen drei Sitzungen gibt es keine Protokolle, mit Hilfe derer sich die dort nicht anwesenden Ratsmitglieder hätten informieren können. Da in diesen Sitzungen kontrovers diskutiert wurde, fehlen den meisten Ratsmitgliedern wichtige Informationen. Für eine solch wichtige Entscheidung, wie sie für die zukünftige Sekundarschule gefällt werden soll, halten wir Protokolle mit entsprechenden Informationen als Entscheidungshilfe für unerlässlich.

Fragen:

Gibt es über diese Sitzungen eine Dokumentation der Verwaltung, die den Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden kann?

Wenn nein, in welcher Form wurde der Entscheidungsprozess festgehalten, um ihn später nachvollziehen zu können?

2. Der Rat hat am 11.03.2014 beschlossen: *„...Auf die Schule sollten nicht nur die Haupt- und Realschüler gehen. Das birgt das Risiko, dass mehr Kinder mit einer Realschulempfehlung auf die Gymnasien geschickt werden, da Eltern Bedenken haben könnten, durch die Hauptschüler wären die Anforderungen nicht hoch. Die künftige Sekundarschule sollte auch für Kinder mit einer gymnasialen Empfehlung eine attraktive Schule alternativ zu den Gymnasien sein...Hierzu sollte die zukünftige Schule zum einen eine starke Sekundarschule mit einer klaren Berufsorientierung werden und zum anderen den weiteren Bildungsweg der Kinder möglichst lange offen halten...“*

In dem Abschlussbericht der Expertengruppe heißt es dagegen: *„Die neue Sekundarschule ist für die Schülerinnen und Schüler konzipiert, die nicht das Gymnasium besuchen. Sie ist eine gute Schule für den nichtgymnasialen Bereich...“* Dieser Passus wurde in die aktuelle Beschlussvorlage 137/2016/4/ übernommen, demnach soll die Umsetzung der neuen Sekundarschule in der Rechtsform der Oberschule (Haupt- und Realschule) erfolgen.

Fragen:

Wann und in welchem Gremium hat ein Umdenken stattgefunden?

In welchem Gremium wurde über diesen Widerspruch beraten?

Wann wurden die Ratsmitglieder darüber informiert?

3. In der Vorlage 106/2014.2 wurden die Stationen des „Verdener Weges“ festgehalten (Workshop I, Politischer Beschluss, Expertenrunde, Workshop II, Politischer Beschluss, Elternbefragung). Danach sollte es nach der Empfehlung der Expertenrunde einen Workshop II (Rückversicherung) geben, in dem das pädagogische Konzept in großer Runde inhaltlich abgestimmt werden sollte, um einen Konsens zu erzielen. Workshop II hat nicht stattgefunden. Im weiteren Verlauf war eine Elternbefragung vorgesehen.

Fragen:

Warum wurde beim Weglassen des Workshops II vom Verdener Weg abgewichen?
Wann und wie wurden die Ratsmitglieder darüber informiert?

4. Im Workshop I wurden die pädagogischen Leitziele entwickelt, die anschließend von allen Gremien einstimmig unterstützt wurden. Das Leitziel 3 heißt: „*Sie ist eine Schule, in der alle Kinder möglichst lange gemeinsam lernen*“ (mit Unterstrichen). Die Teilnehmer des Workshops I hielten dieses Leitziel also (einstimmig) für besonders wichtig. Im Ratsbeschluss (Anlage 225/2014.1) ist dieses Leitziel nicht mehr unterstrichen. Mit „alle Kinder“ sind in der pädagogischen Diskussion Kinder aller Begabungsrichtungen gemeint, wie sie in Gesamtschulen vertreten sein müssen. Nach der Vorlage 137/216/4/, die nun zum Beschluss vorliegt, soll die neue Schule nur noch von Haupt- und Realschülern besucht werden (Oberschule). Da das Festhalten an den Leitzielen Bestandteil des „Verdener Weges“ ist, stellen wir die

Frage:

Warum wurde an dieser Stelle der Verdener Weg verlassen?

5. In den Diskussionen der Steuerungsgruppe am 26.04. und 12.05.2016 haben die Grünen kritisiert, dass es keine Absprachen mit den Gymnasien und den Berufsbildenden Schulen gegeben hat. Für eine neue Sekundarschule ist nach unserer Meinung abzuklären, wie sich die neue Schule in die Verdener Schullandschaft einfügt. Schließlich führt die Expertengruppe dieses als ein wichtiges Argument für ihre Empfehlung an („*Die OBS hat für die Stadt Verden die bessere Passung...*“).

Fragen:

Haben diese Gespräche zwischenzeitlich stattgefunden?

Wenn ja, mit welchen Ergebnissen?

Wenn nein, warum hält die Verwaltung dieses nicht für erforderlich, zumal Vertreter der Gymnasien und der Berufsbildenden Schulen nicht in der Expertengruppe vertreten waren und auch nicht zu Beratungen hinzugezogen wurden?

6. Die Expertengruppe nennt als das wichtigste Argument für eine Oberschule die Berufsorientierung („*Die stärkere Berufsorientierung hat mit Blick auf die zu erwartende Schülerschaft und die Stadt Verden eine hohe Bedeutung.*“).

Fragen:

Hat die Verwaltung diese Aussage überprüft?

Ist der Verwaltung bekannt, dass im Erlass „Berufsorientierung an allgemein bildenden Schulen“ vom 01.12.2011 über die Integrierte Gesamtschule steht „*Darüber hinaus können Integrierte Gesamtschulen weitere berufsorientierende und berufsbildende Maßnahmen durchführen. Sie orientieren sich dabei an den schulformbezogenen Maßnahmen der anderen allgemein bildenden Schulformen.*“ Teilt die Verwaltung die Schlussfolgerung, dass damit an einer Gesamtschule die gleichen berufsorientierenden Maßnahmen möglich sind wie an der Oberschule?

Hat die Verwaltung eine Erklärung, warum eine stärkere Berufsorientierung (die an allen Schulen möglich ist) gerade für die Stadt Verden eine hohe Bedeutung hat?

7. Zum Schluss der Schulausschusssitzung am 16.06.2016 begrüßt Bürgermeister Brockmann den Beschluss für eine Oberschule. In diesem Falle könnte man handeln, ohne den Landkreis zu befragen.

Fragen:

Hat es überhaupt Gespräche mit dem Landkreis gegeben?

Wenn ja, wie stellt sich der Landkreis zur Gründung einer Oberschule und welche Meinung vertritt er zur Gründung einer Gesamtschule?

Wenn nein, warum hält die Verwaltung diese Absprachen nicht für notwendig?

Hat es Absprachen mit den umliegenden Kommunen gegeben?

- 8.

Zum Schluss der Schulausschusssitzung am 16.06.2016 hat Bürgermeister Brockmann den Beschluss für eine Oberschule auch deswegen begrüßt, weil dafür keine Elternbefragung durchgeführt werden müsste. Bei Einführung einer Gesamtschule wäre diese notwendig gewesen. Seit dem 14.10.2015 gibt es aber den Erlass „Errichtung von Integrierten Gesamtschulen im Land

Niedersachsen; Hinweise für Schulträger“. Danach sind Fälle denkbar, in denen eine aussagekräftige und nachhaltige Prognose über zukünftige Schülerzahlen durchaus auch ohne eine Befragung der Erziehungsberechtigten erstellt werden kann. In Verden könnte man aufgrund der Zusammenlegung von Haupt- und Realschule sowie einer geschätzten Schülerzahl, die statt eines Gymnasiums eine Gesamtschule besuchen möchte, eine ziemlich genaue Prognose für die nächsten Jahre auch ohne Elternbefragung abgeben.

Fragen:

Kennt die Verwaltung diesen Erlass?

Wenn ja, hat man bei der Landesschulbehörde nachgefragt, ob eine alternative Schülerprognose auch für Verden möglich ist und damit auf eine Elternbefragung verzichtet werden kann?

Mit freundlichen Grüßen

Fraktion Bündnis90 /DIE GRÜNEN